



jusos sachsen

ÄNDERUNGSANTRAGSBUCH

Landesdelegiertenkonferenz

der Jusos Sachsen

3./4. August 2013

Chemnitz

in in

die die

richtige richtige

richtung. richtung.

#bewegungjetzt #bewegungjetzt



1

Ä 30	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	AP	Frank Franke (SV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

2 Ersetze:

3
4 Die wichtigsten Säulen unserer Arbeit bilden die Landesarbeitskreise (LAKs).5
6 durch:7
8 Neben den Unterbezirken sind die Landesarbeitskreise (LAKs) eine wichtige Säule für unsere inhaltliche
9 Arbeit.10
11 Begründung:12
13 Schon ein Blick in das Antragsbuch der diesjährigen LDK zeigt, dass eine Vielzahl der Anträge direkt aus den
14 Unterbezirken kommt. Es sollte daher eine Würdigung dieser Arbeit der Unterbezirke im Arbeitsprogramm
15 geben.
16
17

Ä 47	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	AP	UB Vogtland
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

18 Ersetze: Seite 6 Zeile 36-37:

19
20 "Die Jusos sind ein aktiver Teil der SPD. Für uns ist klar, dass wir die Kandidat_innen der SPD nach Kräften
21 in allen Wahlkämpfen unterstützen."22
23 durch24
25 "Die Jusos sind ein aktiver Teil der SPD. Für uns ist klar, dass wir die Kandidat_innen der SPD, welche den
26 Jusos inhaltlich nahe stehen, in allen Wahlkämpfen unterstützen."
27
2829 Begründung:
30 erfolgt mündlich
31

Ä21

zu Antrag:
AP

Ä-AntragstellerIn:

SV Leipzig (Jan Freundorfer)

 angenommen **abgelehnt** **überwiesen an:**
 zurückgezogen
Ersetze in

 S. 7, Z. 14-15
 „Wir...unterstützen“.

durch

Wir Jusos unterstützen im Besonderen diejenigen SPD-Kandidat_innen, die unseren Positionen und der Arbeit des Verbandes nahestehen.

Begründung:

erfolgt mündlich

Ä17

zu Antrag:
AP

Ä-AntragstellerIn:

Samuel Willuhn

 angenommen **abgelehnt** **überwiesen an:**
 zurückgezogen
Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen:

Streiche S.8 Zeile 8 „kämpfen für rot-grün im Bund und rot-rot-grün in Sachsen.“ Und ersetze durch „kämpfen für eine linke Mehrheit in den Parlamenten auf Bundesebene und in Sachsen, mit den Grünen und der Linken als mögliche Koalitionspartner.“

Begründung:

erfolgt mündlich

Ä7

zu Antrag:

AP

Ä-AntragstellerIn: UB Mittelsachsen
 angenommen **abgelehnt** **überwiesen an:**
 zurückgezogen

Ersetze: S.8 Zeile 9: „Wir kämpfen für rot-grün im Bund und rot-rot-grün in Sachsen.“

Durch:

„Wir kämpfen für rot-(rot)-grün im Bund und rot-rot-grün in Sachsen“

Begründung:

erfolgt mündlich

Ä 49

zu Antrag:

AP

Ä-AntragstellerIn:

UB-Vogtland

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

1 Biete auf Seite 10, Zeile 9 folgenden Text als „Alternative 3“ an:
 2

3 In einer immer schneller werdenden Nachrichtenlandschaft müssen wir uns den Gegebenheiten anpassen
 4 und uns um gute und schnelle Reaktionen zu aktuellen Themen bemühen, aber auch selbst welche setzen.
 5 Um eine schnelle und trotzdem gut abgestimmte Pressearbeit zu gewährleisten, gibt es innerhalb des
 6 Landesvorstandes ein kleines Pressteam, möglicherweise verstärkt durch kompetente externe
 7 Genoss_innen, das Pressemitteilungen ausarbeitet und dem Landesvorstand lediglich zur Kenntnis mit
 8 Vetorecht vorlegt. Die Außenvertretung der Jusos Sachsen nimmt selbstverständlich der/die
 9 Landesvorsitzende wahr. Das Pressteam nimmt außerdem Impulse aus Verband und Vorstand auf, um
 10 eigene Themen in den Medien zu setzen. Längerfristig vorbereitete Pressemitteilungen, unterstützt durch Web
 11 2.0, passende Bilder oder Aktionen zum Einen, Austausch mit Journalist_innen zum Anderen, gehören zu
 12 einer gelungenen Pressestrategie.
 13

14 Begründung: erfolgt mündlich
 15

Ä 32

zu Antrag:

AP

Ä-AntragstellerIn:

SV Leipzig (Jan Freundorfer)

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

16 **Ersetze**

17 S. 10, Z. 37- S. 12, Z. 23
 18

19 **durch**

20 Der Landesvorstand führt die Beschlüsse der Landesdelegierten- konferenzen aus, erledigt die laufenden
 21 Geschäfte und vertritt den Landesverband in der Öffentlichkeit sowie gegenüber der SPD, ihren Gliederungen
 22 und Arbeitsgemeinschaften. Er koordiniert die politische und organisatorische Arbeit des Landesverbandes
 23 und fasst dazu Beschlüsse.
 24

25 Gemeinsam mit den weiteren Gliederungen des Verbandes informiert er alle Mitglieder des Verbandes
 26 regelmäßig über sein Handeln und die Ergebnisse seiner Arbeit.
 27

28 Der Landesvorstand entscheidet im Rahmen der Möglichkeiten seiner Mitglieder eigenständig über seine
 29 Arbeitsweise. Seine regelmäßigen Sitzungen sollen möglichst häufig verbandsoffen und an unterschiedlichen
 30 Orten in Sachen durchgeführt werden, um eine größtmögliche Beteiligung der Mitglieder und Gliederungen zu
 31 ermöglichen.
 32

33
 34 **Begründung:**
 35

36 Der Landesvorstand ist das Organ der Jusos, welches die Geschicke des Verbandes lenkt und die
 37 Beschlüsse der LDK umsetzt. Mit der Wahl in das Gremium erhält jedes Mitglied des Vorstandes das
 38 Vertrauen durch die LDK. Die neun Mitglieder des Vorstandes bleiben dabei natürlich auch weiterhin
 39 Mitglieder der Jusos Sachsen und stehen nicht plötzlich auf einer anderen Seite. Durch die Formulierung auf
 40 S.10, Z. 37 „Anerkennungskultur auf beiden Seiten“ im Entwurf des Arbeitsprogramms entsteht jedoch dieser
 41 Eindruck. Auch die weiteren Teile des gesamten Abschnitts *3 Arbeit des Landesvorstandes* zeugen von einem
 42 Misstrauen gegenüber der bisherigen Arbeit der Landesvorstände Selbstverständlichkeiten wie das

1 Anerkennen der Arbeit der Mitglieder (S. 12, Z. 39) oder die Tatsache, dass jedes Lavo-Mitglied über seine
 2 Arbeit selber entscheidet (S. 12, Z. 41 f. / Anmerkung: Wer auch sonst?) gehörten schon dazu. Auch das
 3 mehrmalige Wiederholen von statuarischen Vorgaben (Vertretung des Verbandes durch den Lavo etc.)
 4 erscheint überflüssig.
 5

6 Das Arbeitsprogramm ist die Grundlage für die Arbeit des Verbandes in den kommenden zwei Jahren. Seine
 7 inhaltlichen Teile bilden gemeinsam mit den weiteren inhaltlichen Anträgen die Vorgaben für den
 8 Landesvorstand bzgl. seiner Arbeit in der SPD und nach außen. In organisatorischen Fragen kann das
 9 Arbeitsprogramm zwar einen Rahmen setzen. Das heißt aber nicht, jede interne Orgafrage und das Verhalten
 10 eines jeden Lavomitglieds vorzugeben. Die Delegierten geben dem Lavo ihr Vertrauen indem sie ihn wählen.
 11 Dazu gehört sicherlich auch, dass die Lavo-Mitglieder sich vernünftig organisieren und ihren Job gut machen.
 12 Wenn dieses Vertrauen nicht besteht, dann sollte man die KandidatInnen für den Lavo nicht wählen. Der
 13 falsche Weg ist es, sein Misstrauen durch bürokratische Vorgaben im Arbeitsprogramm zu machen, die
 14 schwierig sind umzusetzen.
 15

16 Zu den Fragen, die ein Landesvorstand intern zu klären hat, gehören auch die Fragen geschlossener
 17 Sitzungen oder an wen das Vorstandsprotokoll verschickt wird. Eine Verpflichtung des Vorstandes seine
 18 Protokolle an alle Mitglieder zu verschicken führt nur dazu, dass weniger in den Sitzungen geredet und
 19 niedergeschrieben wird. Jedes Gremium hat auch das Recht vertrauliche Sitzungen durchzuführen. Diese
 20 Vertraulichkeit ist nicht mehr gegeben, wenn die Protokolle an alle Mitglieder verschickt werden.
 21

Ä50	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	AP	UB Dresden
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

22 Ersetze Seite 11, Zeile 37 und 38 durch folgende Formulierung:
 23

24 „[...] ist es für uns unerlässlich, möglichst rotierend in den Regionen Leipzig, Dresden und Chemnitz zu
 25 tagen.“
 26

27 Begründung:
 28

29 In den letzten Jahren hat die direkte Kommunikation des Juso-Landesvorstands mit den Unterbezirken durch
 30 das Nichtvorhandensein des Juso-Landesausschusses erheblich an Bedeutung gewonnen. Die explizite
 31 Einladung von UB-VertreterInnen zu den Sitzungen in der Umgebung war ein richtiger und wichtiger Schritt.
 32

33 Allerdings kann dieses Konzept auf Dauer nur funktionieren, wenn der Landesvorstand regelmäßig in allen
 34 Regionen Sachsens tagt und Präsenz zeigt. Trotz aller logistischen Probleme sollte es auch in den
 35 kommenden zwei Jahren Anspruch sein, das im Grundsatz seit vielen Jahren bestehende Rotationsprinzip
 36 fortzuführen.
 37
 38

Ä31	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	AP	Nadja Sthamer (SV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

39 Füge zu Seite 13 Zeile 6 in neuem Absatz hinzu:
 40

1 Durch die schwarz-gelbe Kürzungspolitik in Sachsen ist besonders das Netzwerk für Demokratie und Courage
 2 (NDC) betroffen, das einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung von Kindern, Jugendlichen und
 3 Erwachsenen leistet. Deshalb werden wir auch zukünftig für eine enge Bündnisarbeit mit dem NDC sorgen
 4 und uns in dieser Situation solidarisch zeigen.
 5

6 Begründung:

7
 8 Das NDC ist besonders im Bereich der politischen Bildung aktiv. Es leistet somit einen wichtigen Beitrag zur
 9 demokratischen, antirassistischen und integrativen Arbeit in Sachsen. Wir teilen die gleichen Grundwerte und
 10 können gemeinsame Themen bearbeiten. Diese gute Zusammenarbeit aus der Vergangenheit soll daher auch
 11 in Zukunft fortgesetzt werden.
 12

Ä 76	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	O2	Benjamin Göhler (KV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

13 Ersetze Zeile 7 bis 9 den Satz „Daneben [...] kooptieren.“ durch:
 14 „Der Landesvorstand wird aus seiner Mitte mindestens eine/n Beauftragte/n für jeden Unterbezirk benennen.
 15 Dies erfolgt in Absprache mit den jeweiligen Unterbezirken. Außerdem sind an alle UB-Vorsitzenden sowie bei
 16 Bedarf durch die Unterbezirksvorstände weitere zu benennende Personen die Einladungen und Protokolle der
 17 Landesvorstandssitzungen frist- und formgerecht zu versenden.“
 18
 19

Ä 4	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn: Tommy Jehmlich
	O2	
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

20 Ergänze: S. 49 Z. 25 nach „des 35. Lebensjahres“
 21 um: „und der Juso-Unterstützer_innen“
 22
 23
 24

Ä 5	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn: Tommy Jehmlich
	O2	
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

25 Ergänze: S. 49 Z. 26 nach[ver-]teilt.“
 26 um: „Dabei wird jedem Unterbezirk mindestens ein Delegationsmandat zugestanden“
 27

28 Begründung:

29 Eine reine Anlehnung an das Adams-Verfahren, ohne Grundmandate könnte (irgendwann) dazu führen, dass
 30 es UBs gibt, die bei der Verteilung der Mandate kein einziges Erhalten. Da jedoch auch die kleine LDK den
 31 ganzen Landesverband repräsentieren soll, muss jeder UB eingebunden werden.

1

Ä 18	zu Antrag: 04	Ä-AntragstellerIn: UB Meißen
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

2 Ergänze in Z. 5 zwischen „der“ und „Landtagsfraktion“: „Bundes- und“
 3 Ergänze in Z. 9 zwischen „auf“ und „Landes- und Unterbezirksebene,“: „Bundes-“
 4 Die Begründung ist entsprechend anzupassen, falls nötig.

5
 6 Begründung: erfolgt mündlich.

7

Ä 29	zu Antrag: 0 4	Ä-AntragstellerIn: SV Leipzig (Jan Freundorfer)
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

8 **Streiche**
 9 Z. 14-19

10 **Begründung:**
 11
 12
 13 erfolgt mündlich

14

Ä 67	zu Antrag: 05	Ä-AntragstellerIn: UB Dresden
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

15
 16 **Streiche S. 55, Zeile 1 und 2 und ersetze durch:**

17
 18 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen beauftragt den Landesvorstand der Jusos Sachsen
 19 damit, sich im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Gespräche mit unseren SPD-Mandatsträgerinnen und –
 20 Mandatsträgern aller politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass sie als Abgeordnete dafür Sorge tragen,
 21 dass so viele jungen Menschen wie möglich die Chance erhalten, Praktikumsplätze sowie Arbeitsstellen als
 22 Studentische Hilfskräfte in ihren Bürgerbüros, soweit dies möglich ist und eine Betreuung / ein sinnvoller und
 23 weiterbildender Arbeitseinsatz garantiert werden kann, zur Verfügung zu stellen. Analog dazu wird der
 24 Landesvorstand ebenfalls beauftragt sich bei den jeweils zuständigen Stellen / Gremien dafür einzusetzen,
 25 dass auch in unseren SPD-Stadtrats- und Kreistagsfraktionsgeschäftsstellen dieses Anliegen noch stärker als
 26 bisher vielleicht schon praktiziert Anwendung findet. Der Landesvorstand sollte in seinen Gesprächen
 27 außerdem darauf hinweisen, dass an den Arbeitsstellen, an welchen Ausbildungen rechtlich möglich wären,

1 zukünftig auch ausgebildet werden sollte, soweit die Ressourcen es zulassen und eine solide Betreuung der
 2 Auszubildenden gewährleistet ist.
 3

4 Insbesondere folgende Überlegungen sollten in den Beratungen eine wesentliche Rolle spielen:
 5
 6

7 Begründung:
 8

9 Die SPD mit ihren Büros und Institution sowie alle unsere MandatsträgerInnen besitzen eine besondere
 10 Rolle. Durch Strukturen wie Geschäftsstellen und Abgeordnetenbüros erledigen sie zum einen die allgemeine
 11 politische Arbeit, für welche sie gewählt wurden. Auf der anderen Seite bieten diese Strukturen auch die
 12 Möglichkeit jungen Menschen einen Einblick in Politik und die Arbeit von in der Politik tätigen Menschen zu
 13 geben. Viele unserer Abgeordneten bieten sehr regelmäßig Praktikumsplätze und Stellen für studentische
 14 Hilfskräfte an, die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie viele Kreistags- und Stadtratsfraktionen tun es
 15 ihnen gleich. Auch die SPD-Landesgeschäftsstelle biete sowohl Praktikumsplätze an und bildet zum anderen
 16 auch aus, eine Möglichkeit die aus rechtlichen Gründen leider in Abgeordnetenbüros und den anderen
 17 genannten Institutionen nicht ohne weiteres / gar nicht möglich ist.
 18

19 Diese Anliegen weiter zu forcieren mit dem Ziel, Angebote noch weiter auszubauen ist zweifelsfrei richtig, es
 20 als Antrag auf einem Landesparteitag beschließen zu lassen aus unserer Sicht allerdings nicht zielführend.
 21 Außerdem sollte der Eindruck verhindert werden, dass wir Jusos unseren Abgeordneten vorwerfen, in diesem
 22 Zusammenhang bisher untätig gewesen zu sein. Denn, ein Blick in die einzelnen Büros und Geschäftsstellen
 23 zeigt, dass sie diesem Anliegen bereits sehr verantwortungsvoll und gut nachkommen. Vor diesem
 24 Hintergrund schlagen wir vor, dass der Juso-Landesvorstand, als zuständiges Vertretungsgremium, seine
 25 Möglichkeiten nutzt, dieses Anliegen an alle unsere Abgeordneten sowie an unsere SPD-Büros und -
 26 Institutionen in ganz Sachsen auf dem Weg der direkten Kommunikation heranzutragen.
 27
 28

Ä 13	zu Antrag: O5	Ä-AntragstellerIn: UB Chemnitz
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

29 Ersetze Zeilen 11 - 13 (ab "...somit leistungsgerecht...") durch
 30 "...den von der SPD geforderten Mindestlohn entlohnt werden. Diese Forderung ist nicht auf Schülerpraktika
 31 anzuwenden. Dafür ist den Abgeordneten ein finanzieller Ausgleich bereit zu stellen."
 32
 33

Ä 6	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn: Tommy Jehmlich
	O5	
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

34 Ersetze: S. 55, Z. 11 ab: „Außerdem...“ bis Z. 13 „...einbezogen werden.“
 35

36 Durch:

37 „Dabei gelten unsere bisherigen Forderungen zum Verdienst und der Absicherung der Lebenshaltungskosten
 38 explizit auch für innerparteilichen Praktikant/innen.“
 39
 40
 41

- 1 Begründung:
 2 bisherige Beschlusslage (LDK 2009, Leipzig):
 3
 4 „Die Jusos Sachsen unterstützen die Praktikumsvergütungskampagne [...] welche folgende zentralen
 5 Forderungen hat: rechtliche Klärung des Begriffes „Praktikum“, Anspruch auf Vergütung, die die örtlichen
 6 Lebenshaltungskosten deckt, Vergütung soll nicht auf einen aktuellen BAföG-Anspruch angerechnet werden,
 7 Beibehaltung des Krankenversicherungsstatus, mindestens als studentisch Versicherte_r und die
 8 Verhinderung von Kettenverträgen. ...“
 9

Ä9	zu Antrag: O5	Ä-AntragstellerIn: UB Chemnitz
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

- 10 Ersetze Zeilen 19 - 20 (von "...sollten sich die betreuenden" bis "...qualifizieren") durch "sollten die
 11 betreuenden Mitarbeiter für diese Aufgabe entsprechend qualifiziert werden."
 12

Ä51	zu Antrag: B1	Ä-AntragstellerIn: UB Dresden
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

- 13 Ersetze die Zeile 5 auf Seite 17 durch folgende Formulierung:
 14
 15 „Grundsätze jungsozialistischer Schulpolitik“
 16
 17

- 18 Begründung:
 19
 20 In der vorliegenden Form bietet der Antrag leider keinen umfassenden Überblick über alle Bereiche, die wir
 21 Jusos als „Bildungspolitik“ bezeichnen. Bildung spielt sich nicht nur in allgemeinbildenden Schulen ab,
 22 sondern umfasst auch Hochschulen, Ausbildungsbetriebe, Volkshochschulen und andere Orte des
 23 lebenslangen Lernens. Daher plädieren wir für eine Beschränkung auf den gut gelungenen Part zur
 24 schulischen Bildung.
 25

Ä79	zu Antrag: B1	Ä-AntragstellerIn: Ildikó Jahn (SV Leipzig)
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

- 26 Ersetze:
 27 Seite 17 Zeile 27 Weiterbildung
 28

1 durch:
2 Erwachsenenbildung
3

4
5 Begründung:
6

7 Weiterbildung stellt nur einen Teil der Erwachsenenbildung dar. Besonders nicht direkt
8 arbeitsmarktbezogenen Qualifikationen und Kompetenzen werden durch den Begriff der Erwachsenenbildung
9 eingeschlossen.
10

Ä 81

zu Antrag:

B1

Ä-AntragstellerIn:

Ildikó Jahn (SV Leipzig)

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

11 Ersetze:
12 S. 17 Zeile 42 „mit Migrationshintergrund“
13

14 durch:
15 „deren Muttersprachen nicht Deutsch ist“
16

17
18 Begründung:
19 Nicht alle Menschen mit Migrationshintergrund sprechen schlechtes oder kein Deutsch.
20

Ä 80

zu Antrag:

B1

Ä-AntragstellerIn:

Ildikó Jahn (SV Leipzig)

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

21 Ersetze:
22 S. 18 Z. 1-5 ab „Dabei“

23 durch:
24 Kinder erwerben Sprache in der Interaktion mit anderen Kindern und Erwachsenen. Eine gezielte
25 Sprachförderung in Kindergärten muss erhalten bleiben, um schon frühzeitig bei Spracherwerbsstörung
26 eingreifen zu können.
27

28
29 Begründung:
30 In Einrichtungen der frühkindlichen Bildung findet Lernen nicht über Unterricht, sondern über gemeinsames
31 Erleben, Singen und Spielen statt.
32
33

Ä 46**zu Antrag:**

B1

Ä-AntragstellerIn:

UB-Vogtland

angenommen **abgelehnt** **überwiesen an:**
 zurückgezogen

1 Streiche ersatzlos auf Seite 18, Zeile 11-12

2

3 „Ebenfalls ist die Erhöhung der Qualifikationsstufe der Erzieher_innen anzustreben.“

4

5 Begründung:

6 Die Anforderungen an Erzieher_innen sind in den letzten Jahren gestiegen und teilweise so enorm hoch, dass
7 oft eine Ausbildung allein nicht mehr ausreicht, um den eigenen Arbeitsplatz zu sichern. Nicht jede_r gute und
8 anerkannte Erzieher_in kann ein Studium vorweisen und ist trotzdem bestens für den Beruf geeignet.

9

Ä 78**zu Antrag:**

B1

Ä-AntragstellerIn:

Ildikó Jahn (SV Leipzig)

angenommen **abgelehnt** **überwiesen an:**
 zurückgezogen

10 Ersetze:

11 S.18 Z.11-12 ab „Ebenfalls“

12

13 durch:

14 Perspektivisch ist eine Umstellung der Ausbildung zur Erzieher_in auf ein (Fach-) Hochschulstudium
15 anzustreben. Eine Professionalisierung des Erzieher_innen-Berufes kann dabei nur mit einer ebenso nötigen
16 finanziellen Anerkennung des Berufsfeldes ermöglicht werden.

17

18

19 Begründung:

20 Um den gewachsenen Anforderungen im Berufsfeld gerecht zu werden, ist eine professionalisiertere
21 Ausbildung notwendig, die aktuelle Forschungsfragen und Diskussionen miteinbezieht. Innerhalb der
22 Forschung als auch bspw. Der GEW wird seit langem über die Umstellung auf ein (Fach-)Hochschulstudium
23 diskutiert.

24

Ä 41**zu Antrag:**

B1

Ä-AntragstellerIn:

UB-Vogtland

angenommen **abgelehnt** **überwiesen an:**
 zurückgezogen

25 Streiche ersatzlos auf Seite 18, Zeile 16-18

26

27 „Tagesmütter und –väter leisten gute Arbeit, jedoch können sie nicht Erzieher_innen ersetzen, da sie nicht
28 ausreichend pädagogisch geschult sind.“

29

30 Begründung:

- 1 In der Übergangsphase, bis ein ausreichender KiTa-Ausbau erfolgte, ist die Arbeit von Tagesmütter und –
 2 väter unabhängig. Desweiteren ist nicht davon abzusehen, dass von ihnen individueller auf das einzelne Kind
 3 eingegangen werden kann. Sei es eine Krankheit oder Individualität des Einzelnen, beides kann ein_e
 4 Tagesmutter oder ein Tagesvater spezifischer unterstützen, eingreifen und fördern.
 5

Ä 33	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Frank Franke (SV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

- 6 Ersetze S. 18 Z. 25-27:
 7

8 Der Wechsel vom ... schwer nachvollziehbar ist.
 9

10 Durch:
 11

12 Der Wechsel vom Kindergarten zur Schule stellt für die Kinder aus pädagogischer Sicht ein Problem dar, da
 13 der Übergang vom freien Lernen im Kindergarten zu einem immer mehrwerdenden und regelmäßigem
 14 Frontalunterricht zunächst schwer nachvollziehbar ist.
 15

16 Begründung:
 17

18 Wir würden vielen Grundschullehrer_innen Unrecht tun, wenn wir behaupten würden, dass bereits in der
 19 Grundschule nur noch frontal unterrichtet wird.

Ä 36	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	SV Leipzig
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

- 20 ersetze auf S. 18 Zeile 36 bis 43 durch:
 21

22 Wir Jusos Sachsen halten an unserem Konzept einer inklusiven Gemeinschafts-schule mit ganztägigem
 23 Betreuungsangebot fest. Damit distanzieren wir uns eindeutig von der Aufweichung der bisherigen
 24 Beschlusslage der SPD Sachsen durch die Übernahme des Konzeptes der SPD-Landtagsfraktion auf dem
 25 Landesparteitag in Bautzen 2011. Dieses stellt in unseren Augen eine Abkehr der bisherigen Überzeugung,
 26 dass Schüler_innen gemeinsam und inklusiv in heterogenen Gruppen lernen müssen, dar. Denn nur wer
 27 gemeinsam lernt, verbessert neben den Inhalten gerade ihre/seine sozialen Kompetenz, Konfliktfähigkeit und
 28 Toleranz sowie lernt seine/ihre eigenen Stärken besser zu schätzen und einzubringen. Die schulische
 29 Uniformität des gegliederten Schulsystems muss überwunden werden, denn gleichförmige Menschen ohne
 30 ihre individuellen, geförderten Fähigkeiten sind keine mündige Menschen sondern nur willige Werkzeuge des
 31 Kapitalismus.
 32

Ä 15	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Andreas Richter, Jakob Schreiber
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

1
2 Streiche S. 18, Z. 39-40:

3
4 „...sind keine mündigen Menschen, sondern nur Werkzeuge des Kapitalismus.“

5
6
7 Ersetze durch:

8
9 „...können nicht das Ziel einer heterogenen Gesellschaft sein.“

10
11 Begründung:

12
13 Der Antragssteller des Änderungsantrags erhielt seine schulische Ausbildung in der erwähnten Uniformität der liberalen und konservativen Kräfte, ohne Förderung der individuellen Fähigkeiten und fühlt sich dennoch nicht als „unmündiges Werkzeug des Kapitalismus“. Die bisherige Formulierung kann, wenn auch nicht vom Antragssteller des ursprünglichen Antrags beabsichtigt, als Beleidigung verstanden werden und sollte umformuliert werden.

	zu Antrag: B1	Ä-AntragstellerIn: Tommy Jehmlich
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

20 Ersetze: S. 19 Z. 1 – 3 (Von „ [Das] Lernen...“ bis „...definiert werden“)

21 Durch:

22 „ Das Lernen ist keine passive Tätigkeit, sondern ein Prozess der Ausdruck von Erfahrung ist. Damit Inhalte
23 besser verankert werden können und langfristig für die praktische Anwendung zur Verfügung stehen, sollte
24 der Lernstoff weitestgehend selbst erarbeitet werden.“

	zu Antrag: B1	Ä-AntragstellerIn: Martin Reichel (KV Leipzig)
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

26
27 Streichung des nachfolgenden Satzes beginnend in Zeile 2 auf Seite 19 des Antragsbuches:

28
29 „Denn nur wer Inhalte selbst erarbeitet und diese versteht, wird auch das Gelernte praxisbereit einsetzen
30 können.“

	zu Antrag: B1	Ä-AntragstellerIn: Tommy Jehmlich
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

1 Ersetze: S. 19 Z. 18 ab „mit multimedialer...“ bis Z. 19 sein.

2

3 Durch:

4 „ mit moderner multimedialer Technik.“

5

Ä 34	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Frank Franke (SV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

6 Ersetze S. 19 Z. 31:

7

8 Wir brauchen endlich Schulsozialarbeiter_innen.

9

10

11 Durch:

12 Wir brauchen endlich Schulsozialarbeiter_innen dauerhaft und finanziell abgesichert an jeder Schule im
 13 Freistaat. Auch der Bund muss sich an dieser Aufgabe dauerhaft beteiligen. Zudem muss die psychologische
 14 Betreuung der Kinder gewährleistet sein.

15

16 Begründung:

17 Schulsozialarbeit ist an einigen Schulen schon vorhanden, allerdings ist die Finanzierung oft gefährdet. Des
 18 weiteren ist ein psychologische Betreuung wichtig, da viele Probleme der Kinder vom Ursprung her behandelt
 19 werden müssen.

20

Ä 35	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Frank Franke (SV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

21 Ersetze S. 19 Z. 39-40:

22

23

24 Durch:

25 Darüber hinaus müssen die Löhne der Lehrkräfte insgesamt erhöht werden. Nur so können wir in Sachsen
 26 ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer auch in Sachsen halten.

27

28 Begründung:

29 Im Vergleich zu anderen Bundesländern zahlt der Freistaat wenig für die Lehrkräfte. Dies führt zu enormen
 30 Abwanderungen von gut ausgebildeten Personen in andere Bundesländer.

31

Ä37**zu Antrag:**

B1

Ä-AntragstellerIn:

Frank Franke (SV Leipzig)

angenommen **abgelehnt** **überwiesen an:**
 zurückgezogen

1 Ersetze:

2
3 S. 20 Z. 1-7 (Aus diesem Grund muss...)4
5 Durch:6
7 Aus diesem Grund muss den Schulen ein größerer Handlungsspielraum vor Ort eingeräumt werden. Das
8 erleichtert die Einbindung von Lehrer_innen, Schüler_innen, Eltern sowie engagierten Vereinen. Die
9 Menschen vor Ort haben ein gutes Gespür dafür, wie sie Schule im Ort voran bringen wollen, eine stärkere
10 Einbindung ist daher unser Ziel. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob die Schulen wieder
11 selbstständiger über Ihre Geschicke entscheiden können.
12**Ä52****zu Antrag:**

B1

Ä-AntragstellerIn:

UB Dresden

angenommen **abgelehnt** **überwiesen an:**
 zurückgezogen

13 Streiche den Part von S. 20 Z. 25 bis S. 21 Z. 9

14
15 Begründung:16
17 In der vorliegenden Form bietet der Antrag leider keinen umfassenden Überblick über alle Bereiche, die wir
18 Jusos als „Bildungspolitik“ bezeichnen. Bildung spielt sich nicht nur in allgemeinbildenden Schulen ab,
19 sondern umfasst auch Hochschulen, Ausbildungsbetriebe, Volkshochschulen und andere Orte des
20 lebenslangen Lernens. Daher plädieren wir für eine Beschränkung auf den gut gelungenen Part zur
21 schulischen Bildung.
22
23**Ä3****zu Antrag:**

B1

Ä-AntragstellerIn: Tommy Jehmlich

angenommen **abgelehnt** **überwiesen an:**
 zurückgezogen

24 Ersetze: S. 20, Z. 27 – 29

25
26 Durch:27 „In der betrieblichen Ausbildung muss der Schwerpunkt auf einer echten AusBILDUNG und nicht auf einer
28 faktischen AusBEUTUNG liegen. Zu häufig werden junge, Menschen als billige Arbeitskräfte verstanden,
29 deren Ausbildung ein Kostenfaktor darstellt, gerade wenn die Übernahme nicht garantiert wird. Daher wollen
30 wir die Ausbildung in allen Betrieben gleichermaßen stärken und schwarze Schafe bestrafen. Zur Stärkung

1 gehört es daher, dass in allen Ausbildungsbetrieben ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) ausgebaut werden
 2 und Mitarbeiter_innen als Ausbildungsbetreuer_innen bereit stehen.“
 3
 4

Ä 39	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Frank Franke (SV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

5 Ersetze:

6
 7 S. 20 Z. 27-29 durch:

8
 9 Die hohe Qualität der dualen Berufsausbildung ergibt sich u.a. aus ihrer Organisation. Dazu zählt, dass nur
 10 Personen ausbilden dürfen, die auch dazu geeignet sind. Wir Jusos Sachsen sind gegen den Trend, diese
 11 Qualifikationen mehr und mehr zu verwässern. Nur mit gut geschulten Ausbilderinnen und Ausbildern können
 12 wir den jungen Menschen die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Berufe vermitteln. Es ist darüber hinaus zu
 13 prüfen, wie den Ausbilderinnen und Ausbildern Unterstützung in ihrer Arbeit gewährt werden kann.
 14

15 Auch müssen Instrumente für Auszubildende entwickelt werden, die sogenannte Lernschwierigkeiten haben.
 16 Hierzu zählen z.B. ausbildungsbegleitende Hilfen nach dem SGB III. Dies können Maßnahmen zum Abbau
 17 von Sprach- und Bildungsdefiziten sein ebenso wie sozialpädagogische Maßnahmen.
 18

19 Die derzeitige Form der Einstiegsqualifizierung (EQ) lehnen die Jusos Sachsen jedoch ab. Dabei handelt es
 20 sich lediglich um längere Praktika in Unternehmen, die durch den Bund bezuschusst werden. Nur wenn es
 21 verbindlichere Regeln für die beteiligten Unternehmen gibt, kann eine Diskussion über die EQ-Maßnahmen
 22 aufgegriffen werden.
 23

24 Begründung:

25 ggf. mündlich
 26
 27
 28

Ä 40	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Frank Franke (SV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

29 Ersetze:

30
 31 S. 20 Z. 35-36 durch:

32
 33 Die Ausbildungsbedingungen für die jungen Menschen müssen verbessert werden. Deshalb ist es notwendig,
 34 dass das Jugendarbeitsschutzgesetz zu einem Auszubildendenschutzgesetz weiter entwickelt wird.
 35 Regelungen wie die Begrenzung von Arbeitszeit, ein eingeschränktes Nachtarbeitsverbot oder aber die
 36 Gewährung von mehr Urlaub sollten für alle Auszubildende gleichermaßen gelten.
 37

38 Begründung:

39
 40 Das JArbSchG gliedert Auszubildende nach Alter um diejenigen zu schützen, die unter 18 Jahre alt sind. Das

1 ist sehr gut! Allerdings hat sich die Ausbildung seit 1960, Einführung des JArbSchG, stetig verändert. Immer
 2 mehr Azubi's beginnen ihre Ausbildung nach dem 18. Lebensjahr. Deshalb ist eine Erweiterung der Regeln
 3 auf alle Auszubildende überfällig. Es soll sicher stellen, dass die Auszubildenden in Ihrer Lehrzeit nicht
 4 ausgenutzt werden.
 5

Ä 22	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Frank Franke (SV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

6 **Streiche:**
 7
 8 S. 20 Z 38-40
 9
 10 **Begründung:**
 11
 12 Ggf. mündlich
 13

Ä 23	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Frank Franke (SV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

14 **Ersetze:**
 15
 16 S. 20 Z. 42 durch:
 17
 18 Nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung beginnt für viele junge Menschen eine neue Zitterpartie.
 19 Werden Sie im Ausbildungsbetrieb übernommen? Um diese Situation zu vermeiden unterstützen wir die
 20 Forderungen der Gewerkschaften nach einer tarifvertraglichen Regelung zur Übernahme von Auszubildenden
 21 in den Betrieben. Gerade der öffentliche Dienst sollte seiner Vorbildrolle gerecht werden und eine Übernahme
 22 nach der Ausbildung garantieren.
 23
 24 Unternehmen, die übernehmen wollen aber finanziell das zeitweise nicht leisten können, sollten staatliche
 25 Unterstützung beantragen können.
 26
 27 **Begründung:**
 28
 29 ggf. mündlich
 30

Ä 73	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Martin Reichel (KV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

31

1 Ersetzen des nachfolgenden Satzes in Zeile 42 auf Seite 20 des Antragsbuches:

2
3 *„Diese muss tarifvertraglich gesichert sein.“*

4 durch

5
6
7 *„Sie darf jedoch nicht den Fortbestand eines Unternehmens gefährden.“*

8
9 **Begründung:**

10 Umsatzschwache Gewerbe wie zum Beispiel viele Friseur- oder Blumenläden können durch diese
11 Übernahmegarantie in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen. Für diese Gewerbe ist es meist schwer
12 abzusehen, ob der Umsatz über einen längeren Zeitraum (3 Jahre) stabil bleibt bzw. weiter steigt. Ein
13 Übernahme nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung kann damit nicht gesichert werden. Es werden
14 dann weniger kleinere Unternehmen Ausbildungsplätze anbieten.

Ä 48	zu Antrag: B1	Ä-AntragstellerIn: UB-Vogtland
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

17 Ergänze Seite 20 in Zeile 42,

18
19 *„Die Übernahme muss gesichert sein.“* Mit

20
21 *„Die Übernahme in der erlernten Branche muss gesichert sein“*

22
23 **Begründung:**

24 Einem Kleinbetrieb ist es kaum möglich jährlich eine weiter volle Arbeitskraft einzustellen und diese zu
25 entlohnen. Allerdings hat er Kontakt zu weiteren Marktteilnehmern seiner Branche und kann in dieser Weise
26 einen Arbeitsplatz, wenn auch in einem anderen Unternehmen sichern und unterstützen.

Ä 72	zu Antrag: B1	Ä-AntragstellerIn: Martin Reichel (KV Leipzig)
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

28
29 Zusammenlegung und Ergänzung der beiden nachfolgenden Absätze in den Zeilen 44-45 sowie 47-49 auf
30 Seite 20 des Antragsbuches:

31
32 *„Unternehmen, welche die finanziellen Mittel und Ressourcen haben, müssen ausbilden.*

33
34 *Unternehmen, welche nicht ausbilden, müssen in regelmäßigen Abständen eine finanzielle Abgabe leisten.*
35 *Diese Abgabe kommt Unternehmen zugute, die gern ausbilden würden, sich das aber nicht leisten können.“*

36
37 zu

38
39 *„Unternehmen, welche die finanziellen Mittel und Ressourcen haben, müssen ausbilden. Bilden diese*
40 *Unternehmen nicht aus, müssen sie in regelmäßigen Abständen eine finanzielle Abgabe leisten. Sie kommt*
41 *Unternehmen zugute, die gern ausbilden würden, sich das aber nicht leisten können. Die Abgaben dürfen*
42 *jedoch nur für die Finanzierung von Ausbildungsplätzen genutzt werden.“*

Ä24

zu Antrag:

B1

Ä-AntragstellerIn:

Frank Franke (SV Leipzig)

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

1 Ersetze:
 2

3 S. 20 Z. 47-49 durch:
 4

5 Immer mehr Betriebe verweigern die Ausbildung junger Menschen, obwohl sie die Voraussetzungen erfüllen.
 6 Nach wie vor gibt es nicht genügend Ausbildungsplätze für alle Bewerberinnen und Bewerber. Deshalb halten
 7 die Jusos Sachsen an der politischen Forderung der Ausbildungsumlage fest.
 8

9 Warteschleifen im Ausbildungssystem ohne sichere Perspektive auf einen Abschluss gehören abgeschafft.
 10

11 Betriebe und Unternehmen, welche nicht ausbilden, müssen in regelmäßigen Abständen eine finanzielle
 12 Abgabe leisten. Mit diesen Mitteln sollen jene Betriebe gefördert werden, die Ausbildungsplätze anbieten.
 13

14 Begründung:

15 ggf. mündlich
 16
 17

Ä45

zu Antrag:

B1

Ä-AntragstellerIn:

UB-Vogtland

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

18 Streiche ersatzlos auf Seite 21, Zeile 2-4
 19

20 „Für die Auszubildenden muss ein einheitlicher, bundesweiter und branchenübergreifender Mindestlohn
 21 eingeführt werden, welcher sich an der Forderung eines Mindestlohns für alle Beschäftigten von 8,50€
 22 anlehnt.“
 23

24 Begründung:

25 Auszubildende sollten eine ihrem Alter angemessene Ausbildungsvergütung erhalten, welche nicht mit dem
 26 Lohn/Gehalt einer vollen Arbeitskraft gleichgesetzt werden kann. Diese Vergütung ist branchenübergreifend
 27 nicht möglich, verbreitetere Firmen kann man nicht mit Selbstständigen gleichsetzen. Die Möglichkeiten der
 28 Ausbilder_innen sind zu unterschiedlich um jede_n Arbeitgeber_in gleichzusetzen. Desweiteren ist die
 29 Gleichstellung eines Ausgelernten und eines Auszubildenden schwierig. Der Azubi ist keine volle Arbeitskraft
 30 und fällt Ausbildungsbedingt durch Schule und notwendige Lehrgänge als volle_r Arbeitnehmer_in aus.
 31
 32

Ä 25	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Frank Franke (SV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

1 Ersetze:

2
3 S. 21 Z. 2-4 durch:

4
5 Die Jusos Sachsen setzen sich für die Schaffung einer Mindestausbildungsvergütung ein. Damit wollen wir
6 den Auszubildenden eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Auch können nur so die gesteigerten
7 Anforderungen z.B. an die Mobilität der Auszubildenden erfüllt werden.

8 Als Rahmen für die Mindestausbildungsvergütung scheint sich sinnvollerweise der Bafög-Satz für
9 Studierende zu eignen.

10
11
12 Begründung:

13
14 Die Lohnspreizung bei der Ausbildung ist enorm. Azubivergütungen von unter 400 € ist leider keine Seltenheit.
15 Dies kann nur durch gesetzliche Rahmen korrigiert werden.

Ä 20	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B1	Gerald Eisenblätter, Melanie Burow, Steven Letzner (JHG Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

18 Ergänze auf S. 21 ab Zeile 11:

19
20 **Hochschule**

21
22 Studium finanzierbar machen

23
24 Bildung ist ein öffentliches Gut, welches öffentlich finanziert werden soll. Daher lehnen wir die Finanzierung
25 von Hochschulen durch Studiengebühren ab. Dies umfasst ebenso Langzeitstudiengebühren und
26 Studiengebühren für Nicht-EU-Studierende. Unser Ziel ist es ist, die Hochschulen zu öffnen, wofür ein
27 finanzierungsunabhängiger Zugang ermöglicht werden muss.

28 Hierfür muss auch die Studienfinanzierung neu ausgerichtet werden. Das Deutschlandstipendium ist zu
29 Gunsten einer BAfög-Reform abzuschaffen. Bei der BAfög-Reform müssen kurzfristig die Übergänge
30 zwischen Bachelor und Master neu geregelt werden, die Altersgrenzen weiter angehoben werden und die
31 dringend notwendige Anhebung der Bedarfs- und Freibetragsätze vorgenommen werden. Langfristig soll das
32 BAfög zu einem nicht-zurückzahlenden elternunabhängigen Studienfinanzierungsmodell, wie es in Dänemark
33 mit dem "Statens Uddannelsesstøtte" vorgemacht wird, entwickelt werden.

34
35
36 Wissenschaft als Zukunftsinvestition begreifen

37
38 Um den konstant hohen Studierendenzahlen im Freistaat Sachsen gerecht zu werden und weiterhin ein
39 hochwertiges Angebot in Forschung und Lehre anbieten zu können, werden die Stellenstreichungen von über
40 1.000 Stellen zurück genommen und die Hochschulentwicklungsplanung an die tatsächlichen
41 Studierendenzahlen angepasst. Zudem sollen die Bundesmittel aus dem Hochschulpakt 2020 in vollem

1 Umfang für die Arbeit an den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden, um etwaige Überlast abzubauen
2 und Qualität in der Lehre zu sichern.
3 Darüber hinaus muss weiter an der Umsetzung des Bologna-Prozesses gearbeitet werden, insbesondere bei
4 der Studienorganisation inkl. der zeitlichen Arbeits- und Prüfungsbelastung sowie Mobilität besteht nach wie
5 vor Reformbedarf. Zur Unterstützung der Hochschulen schlagen wir ein Landesprogramm zur weiteren
6 Qualitätssteigerung vor.
7 Perspektivisch darf im „Land der Ingenieure“ keine einseitige Ausrichtung von Wissenschaft vollzogen
8 werden. Daher ist darauf zu achten, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften, insbesondere auch die
9 sogenannten „Kleinen Fächer“, in ihrem Angebot erhalten bleiben und sinnvolle Verknüpfungen sowie inter-
10 und transdisziplinäre Ansätze verfolgt werden, um diese in den Ingenieurs- und Naturwissenschaft zu
11 integrieren.
12 Die vorhandene Forschungs- und Lehrinfrastruktur muss auch künftig erhalten werden. Insbesondere bei
13 der Bereitstellung von Investitionsmitteln für Großgeräte muss umgesteuert werden, damit der
14 Wissenschaftsstandort Sachsen attraktiv bleibt. In diesem Zusammenhang sollte auch bei der
15 Berufungspolitik im Sinne einer nachhaltigen Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur und Großgeräte
16 umgesteuert werden; hier sind insbesondere die Hochschulen gefordert, Potentiale zu heben.

17 Chancengerechtigkeit fördern

18
19
20 Der Hochschulzugang ist weiter zu öffnen. Dies bedeutet in erster Linie, dass der Zugang zum Studium für
21 bspw. beruflich Qualifizierte konsequent umgesetzt wird. Dies bedeutet einerseits, dass die Zugangshürden
22 und -tests in der Praxis nicht zur Selektion führen, und andererseits, dass sich Hochschulen auf heterogene
23 Studierendengruppen einstellen müssen.
24 Die Jusos Sachsen fordern einen bedarfsgerechten Ausbau der Studienplätze in Deutschland.
25 Bachelorabsolvent_innen, die dies wünschen, sollen zukünftig Anspruch auf einen Masterstudienplatz haben.
26 Hierfür ist es nötig, dass mehr Kapazitäten zur Verfügung stehen und die entsprechenden Bund-Länder-
27 Programme künftig eine Masterkomponente enthalten.
28 Um die Arbeit im Bereich der Gleichstellung weiter zu stärken, soll das Kaskadenmodell verbindlich
29 festgeschrieben werden. Zudem sollen die Gleichstellungsbeauftragten mittels einer gesetzlichen Grundlage
30 Stimmrecht in alle Organen und Kommissionen erhalten, um deren Position zu stärken.
31 Um der Diversität an Hochschulen gerecht zu werden, muss ein Teilzeitstudium öfter als bislang ermöglicht
32 werden ohne dass den Studierenden Nachteile, bspw. bei der Studienfinanzierung und Studienorganisation,
33 entstehen. Nur so wird es gelingen den Bedürfnissen von Studierenden mit Beeinträchtigungen oder
34 chronischen Krankheiten bzw. Studieren mit Kind gerecht zu werden.
35 Im hochschulnahen Umfeld sollte es künftige ebenso gelingen, Betriebskindertagesstätten mit flexiblen
36 Öffnungszeiten, Dual-Career-Services oder aber soziale Beratungsangebote zu etablieren. Die
37 Studentenwerke haben sich hier als verlässlicher Partner erwiesen, bedürfen jedoch einer auskömmlichen
38 Finanzierung durch den Freistaat Sachsen, um den gewachsenen Aufgaben gerecht zu werden.
39
40

41 Gute Arbeit an Hochschulen

42
43 Wir setzen uns für gute Arbeit an Hochschulen ein. Ziel muss es sein, bessere und vielfältige Berufschancen
44 in der Wissenschaft zu eröffnen. Die befristeten Stellen müssen auf ein Mindestmaß reduziert werden, indem
45 bspw. die Vertragslaufzeit an die Projektlaufzeit angepasst werden. Um gesicherte Perspektiven in der
46 Wissenschaft zu eröffnen, müssen mehr unbefristete Stellen geschaffen werden.
47 Prekäre Beschäftigung soll der Vergangenheit angehören, deshalb muss es für alle Hochschulen definierte
48 Mindestsätze zur Vergütung von Lehrbeauftragten geben. Den Lehrbeauftragten wie auch den studentischen
49 und wissenschaftlichen Hilfskräften soll eine eigene Interessenvertretung ermöglicht werden, deshalb
50 unterstützen wir weiterhin die Aufnahme dieser in öffentliche Tarifverträge.
51 Im Sinne einer Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist die Stellung der Doktorand_innen stärker
52 zu würdigen. Dies ist in finanzieller Hinsicht durch Promotionsstellen oder aber angemessen ausgestattete
53 Landesstipendien, die im Fördervolumen wieder ansteigen müssen, zu gewährleisten. In Hinblick auf die
54 Stellung von Doktorand_innen ist eine verbindlich Promotionsvereinbarung einzuführen, um für die
55 Doktorand_innen, die Betreuer_innen sowie die Fakultäten einen verlässlichen Handlungsrahmen zu
56 schaffen. Darüber hinaus soll auch für die Doktorand_innen der gesetzliche Rahmen einer
57 Interessensvertretung wie den Promovierendenräten geschaffen werden
58
59

60 Demokratische Hochschule

1 Um der Autonomie sächsischer Hochschulen gerecht zu werden, ist eine ausbalanciertes Kompetenz- und
 2 Beschlussgefüge zwischen den einzelnen Organen erforderlich. Eine Reform des Hochschulgesetzes,
 3 welches den Senat im Vergleich zu Rektorat und Hochschulrat stärkt, ist demnach geboten. Wo es
 4 verfassungsrechtlich möglich ist, sollten Organe auch viertelparitätisch besetzt werden.
 5 Künftig soll eine demokratische Kultur an Hochschulen gefördert werden. Dies kann durch Angebote und
 6 Freiräume der Hochschulen bspw. durch Ringvorlesungen, Räume für eigene studentische Veranstaltungen,
 7 Diskussionen oder Platzhalter im Studienablaufplan erfolgen. Ein wesentlicher Bestandteil ist jedoch auch die
 8 aktive Partizipationsmöglichkeit in den jeweiligen Mitgliedergruppen. Für die Studierenden ist dies die
 9 Verfasste Studierendenschaft, welche in ihrer ursprünglichen Form als Zwangsmitgliedschaft und Organ für
 10 alle Studierenden mit Finanzautonomie, wiederhergestellt werden soll. Des Weiteren sind wir bestrebt, die
 11 Förderung studentischer Projekte wieder aufzunehmen.
 12
 13

14 Lehramtsausbildung an sächsischen Hochschulen

15
 16 Die Lehramtsausbildung an den Hochschulen im Freistaat bedarf einer erneuten Reform. Die Ausbildung
 17 muss sich nicht wie bisher an den vier verschiedenen Schultypen (Grundschule, Mittelschule, Gymnasium und
 18 Förderschule), sondern an den zwei Stufen der Schulbildung (Primar- und Sekundarstufe) orientieren. Mit
 19 diesem Ansatz ebnen wir den Weg zu einer Gemeinschaftsschule, welche auf die Bedürfnisse jedes Schülers
 20 eingeht und ein gemeinsames Lernen auch im Hinblick auf inklusives Lernen ermöglicht. Im Zuge dessen
 21 muss die Regelstudienzeit für alle Lehramtsstudiengänge auf zehn Semester ausgeweitet werden, um
 22 unseren zukünftigen Lehrer_innen sowohl fachliche als auch pädagogisch-didaktische Kompetenzen zu
 23 vermitteln. Das anschließende Referendariat muss sich mindestens über 1,5 Jahre erstrecken, um Mobilität
 24 im Lehrer_innenberuf zu ermöglichen. Um mehr Neueinstellungen von Lehrer_innen realisieren zu können,
 25 muss sich auch die Anzahl der Referendariatsplätze erhöhen, zudem sollten zeitliche Wartezeiten zwischen
 26 Studienabschluss und Beginn des Referendariats vermieden werden.

27 Gemeinsam mit den Schulen sind die Hochschulen aufgefordert, entsprechende Weiterbildungsangebote
 28 sowie Quereinsteiger_innen- Programme zu etablieren.
 29
 30

Ä74	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B4	Benjamin Göhler (KV Leipzig)
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

31
 32 Füge ein in Zeile 1 nach „...beschließen“:
 33 „und weiterleiten an den Landesparteitag der SPD Sachsen sowie die sächsische SPD-Landtagsfraktion.“
 34
 35
 36

Ä53	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B4 - Das Recht auf Bildung Recht auf Master!	UB Dresden
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

37 Ersetze auf Seite 25 Zeile 6 „Anspruch“ durch „Rechtsanspruch“
 38
 39 Begründung: erfolgt mündlich
 40

1

Ä54	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B4 - Das Recht auf Bildung Recht auf Master!	UB Dresden
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

2 Streiche auf Seite 25 Zeile 11 und 12 (Punkt 3).

3

4 Begründung: erfolgt mündlich

5

6

Ä55	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B4 - Das Recht auf Bildung Recht auf Master!	UB Dresden
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

7 Ersetze auf Seite 26 Zeile 8 und 9 „Anspruch“ durch „Rechtsanspruch“.

8

9 Begründung: erfolgt mündlich

10

11

Ä56	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B4 - Das Recht auf Bildung Recht auf Master!	UB Dresden
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

12 Streiche Seite 28 komplett.

13

14 Begründung: erfolgt mündlich

15

16

Ä57	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B5	UB Dresden
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

17 Streiche: S.29, Z.8 „, dass“

18

1 Begründung: redaktionell

2

Ä 58	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B5 – Transparenz der Noten- und Punktebildung	UB Dresden
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

3 Ersetze: S. 29, Z. 13 „standgegebenem Widerspruch“ durch „stattgegebenem Widerspruch“.

4

5

Ä 44	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B2	UB-Vogtland
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

6 Ersetze Seite 22, Zeile 17:

7

8 „10“ durch „8“

9

10 Begründung:

11 Aufgrund der sinkenden Schülerzahlen und zunehmender Individualität während der schulischen Ausbildung
12 sollte auch bei weniger Schüler_innen ein höheres
13 Auswahlangebot bezüglich der Leistungskurse ermöglicht werden.

14

Ä 20	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B3	UB Meißen
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

15 Ersetze:

16 Zeile 1 bis 3 durch „Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen den GRW
17 (Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft) Unterricht zwingend ab **Klassenstufe 6** an sächsischen
18 Schulen einzuführen. **Zur Gestaltung des Unterrichts ist es ratsam vom Frontalunterricht abzusehen**
19 **und neue Lehrmethoden zu nutzen. Die Themengebiete Demokratie (u.a. Parteienvielfalt) und**
20 **Partizipation sollen in Verbindung mit den Lebenswirklichkeiten der Schüler_innen intensiv behandelt**
21 **werden, um eine Sensibilisierung der Chancen und Möglichkeiten Jugendlicher am politischen**
22 **Geschehen teilzuhaben, herbeizurufen.“**

23

1 Einhergehend damit müssen auch folgende Änderungen durchgeführt werden:
 2

3 Ersetze: Zeile 11 „ab Klassenstufe 8“ durch „ ab Klassenstufe 6“

4 Ersetze: Zeile 13 „Schüler der 8. Klasse“ durch „Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse

5 Ersetze: Zeile 15 „in der Klassenstufe 8“ durch „in der Klassenstufe 6“
 6

Ä 19	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	B3	UB Meißen
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

7 Ersetze:

8 Zeile 18 „extremistische Parteien“ durch „rechtsextreme Parteien“
 9

Ä 69	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	U2	UB Dresden
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

10 Ersetze: S. 61, Z. 14 „2.“ durch „1.“, Z. 18 „3.“ durch „2.“ sowie Z. 22 „4.“ durch „3.“.
 11
 12

Ä 68	zu Antrag:	Ä-AntragstellerIn:
	U2	Mathias Rudolph
<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen		

13 Ersetze Seite 61, Zeile 14-13 durch:
 14
 15

16 1. ein Verbot des Börsenhandels mit Finanzprodukten auf Lebensmitteln. Ausgenommen davon sind
 17 Waretermingeschäfte die direkt mit den Produzenten geschlossen werden und Agrarprodukte betreffen.
 18

19 Begründung:

20 Es ist üblich, dass Bäuerinnen und Bauern ihre Ernte vor der Aussaat verkaufen. Das führt zu einer gewissen
 21 Planungssicherheit bei AgrarwirtInnen. Preisschwankungen die zum Zeitpunkt der Ernte auftreten muss somit
 22 der/die KäuferIn im negativen kompensieren oder im positiven davon profitieren.
 23

24 Abzulehnen sind solche Termingeschäfte die darauf abzielen bereits produzierte Waren künstlich zu
 25 verknapen, etwa durch Zwischenlagerung, um so den Preis in die Höhe zu treiben.
 26

Ä 16	zu Antrag: U1	Ä-AntragstellerIn: Jusos Mittelsachsen
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

1
2 Streiche Punkt 1. S. 59, Z. 13-17 komplett.

3
4 Begründung:

5
6 Natürlich müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ein Wiederholen von Hochwassersituationen wie in den
7 Jahren 2002 und 2013 zu verhindern. Diese müssen jedoch ökologisch vertretbar sein und dürfen nicht, wie
8 im Falle des Baus neuer Talsperren, durch das Anstauen von Fließgewässern zu einer erheblichen
9 Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen. Viel sinnvoller wäre es flexible Überflutungsflächen zu
10 schaffen, statt diese wie in der Vergangenheit durch den Bau von Wohnanlagen in direkter Wassernähe zu
11 zerstören.
12

Ä 77	zu Antrag: U1	Ä-AntragstellerIn: Benjamin Göhler (KV Leipzig)
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

13
14 Füge nach Zeile 25 als Punkt 4 ein:
15 „4. Verstärkte Durchführung von Denaturierungsmaßnahmen, um der Flusslandschaft künftig wieder mehr
16 Ausdehnungsfläche zu ermöglichen.“
17

Ä 61	zu Antrag: G1	Ä-AntragstellerIn: Benjamin Bark
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

18
19 Ergänze auf Seite 35 in Zeile 10:

20
21 „Begleitend zur Einführung der Zustimmungsregelung wird eine umfassende Informationskampagne vonnöten
22 sein, in der über die neue Regelung und Beratungsangebote informiert und die entsprechenden
23 Konsequenzen einer (nicht-)Entscheidung aufgeklärt wird. Dies kann zum Beispiel durch regelmäßige
24 Informationsschreiben der Krankenkasse geschehen, oder durch die Ausgabe von Informationsbroschüren
25 beim Anwohnermeldeamt, wenn man etwa einen neuen Personalausweis beantragt.“
26

Ä59

zu Antrag:

C1

Ä-AntragstellerIn:

UB Dresden

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

1 Ergänze auf S.31 Z. 2:

2

3 „und an den SPD-Landesparteitag“

4

5 Begründung: Erfolgt mündlich

Ä60

zu Antrag:

E1

Ä-AntragstellerIn:

UB Dresden

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

6 Ergänze Zeile 1 nach beschließen mit: „ und an den Juso Bundeskongress weiterleiten“.

7

8 Begründung:

9

10 Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist nach dem Grundgesetz alleinige Aufgabe des Bundes.

11 Kongruent dazu sollten außenpolitische Positionen der Jusos auch auf Bundesebene beschlossen werden.

12

Ä 75

zu Antrag:

E1

Ä-AntragstellerIn:

Benjamin Göhler (KV Leipzig)

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

13

14 Füge ein in Zeile 1 nach „...beschließen“:

15 „und weiterleiten an den Bundeskongress der Jusos:“

16

17 Ersetze den Satz in Zeile 11-13 „Ein[...] ausweiten.“ durch:

18 „Eine Militärinvention in Syrien sowie Waffenlieferungen an jede Konfliktpartei lehnen wir strikt ab. Denn diese
19 Maßnahmen garantieren alleine das Leid der Zivilbevölkerung und würde den Bürgerkrieg des Landes mit
20 Gewissheit zu einem Stellvertreterkrieg der konkurrierenden Allianzen ausweiten.“

21

22

23

Ä42

zu Antrag:

E1

Ä-AntragstellerIn:

UB Vogtland

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

1 Streiche ersatzlos Seite 33 Zeile 22-24:

2
3
4
5
6
7
8
9

"Nur vor diesem Hintergrund kann al-Assad und der innere Kreis der Baath Partei, sowie des Sicherheitsapparates, mit Druck und einem Amnesieangebot ins Exil gedrängt werden"

Begründung:
erfolgt mündlich

Ä43

zu Antrag:

E1

Ä-AntragstellerIn:

UB Vogtland

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

10 Ersetze Seite 33 Zeile 29-33:

11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26

"Mit dem Vorbehalt, dass eine neu zu schreibende Verfassung für Syrien erst durch Genehmigung des UN Sicherheitsrates Gültigkeit erlangt, kann ein wirksamer Minderheitenschutz garantiert werden, welcher unabdingbar für die innere Stabilität der heterogenen Gesellschaft ist, genauso wie damit auch nach außen eine fortwährende, glaubhafte Neutralität versichert werden kann."

durch

"Bei der Unterstützung durch ausländische und internationale Kräfte ist darauf zu achten, dass ein wirksamer Minderheitenschutz garantiert und etabliert wird, welcher unabdingbar für die innere Stabilität der heterogenen Gesellschaft ist."

Begründung:
erfolgt mündlich

Ä26

zu Antrag:

E1

Ä-AntragstellerIn:

Nadja Sthamer (SV Leipzig)

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

27 Füge zu Seite 33 Zeile 34 in neuem Absatz hinzu:

28
29 Um uns auch vor Ort in Sachsen mit der Situation solidarisch zu zeigen unterstützen wir die Initiative „Adopt a
30 Revolution“ (www.adoptrevolution.org).

1
2 Begründung:

3
4 Die Selbstdarstellung der Initiative auf ihrer Homepage:

5 Das Projekt Adopt a Revolution wurde im Herbst 2011 angesichts der anhaltenden brutalen Verfolgung des
6 friedlichen Aufstands gegen das Regime von Bashar Al-Assad von syrischen und deutschen Aktivst_innen ins
7 Leben gerufen. Das Projekt ist eine unabhängige Initiative und verfolgt vier Ziele:

8
9 1. Finanzielle Unterstützung

10 Die Lokalen Komitees leisten derzeit die Hauptarbeit im Protest – und das zumeist ehrenamtlich und mit
11 hohen finanziellen Lasten. Vielen Komitees fehlt das Geld für AnwältInnen, um Gefangene zu betreuen, für
12 Miete und Lebensmittel für AktivistInnen im Untergrund, für Banner, Flugblätter oder auch einen in Syrien sehr
13 teuren Internetanschluss.

14
15
16 2. Solidarische Nähe aufbauen

17 Zwar wird der syrische Aufstand intensiv medial begleitet, aber anders als etwa bei den Jugoslawien-
18 Konflikten ist der Bezug zu dem Land eher schwach ausgeprägt. Mit einem Pat_innenmodell soll hier eine
19 Annäherung geschaffen werden, die eine Voraussetzung für dauerhafte Solidarität ist.

20
21
22 3. Wissenstransfer

23 Zwischen hiesigen und syrischen Gruppen soll ein Erfahrungsaustausch entstehen, der den friedlichen
24 Aufstand gegen das Assad-System stärkt – und darüber hinaus beim Aufbau einer Zivilgesellschaft in Syrien
25 wirkt. Denkbar wären etwa ein Wissenstransfer zwischen gewerkschaftlichen Gruppen über effektive
26 Streikmaßnahmen oder Hinweise dazu, wie Solidaritätsarbeit mit Gefangenen internationalisiert werden kann.
27 Dazu gehören auch solidarische Hinweise darauf, welche Rolle eine Zivilgesellschaft nach dem Ende der
28 Assad-Diktatur übernehmen kann.

29
30
31 4. Zivilgesellschaftliche Intervention

32 Neben der praktischen Hilfe versteht sich das Projekt als Beitrag zur Ausgestaltung internationaler
33 Solidaritätsarbeit. Selbst in der Zivilgesellschaft wurde im letzten Jahrzehnt internationale Solidarität
34 zunehmend in Form von Forderungen nach militärischen Interventionen ausgeübt (z.B. Libyen). Mit diesem
35 Projekt soll eine Form der "zivilgesellschaftlichen Intervention" geschaffen werden, die sich solidarisch auf die
36 zivilen Aktivitäten politischer AktivistInnen bezieht und einen Gegenpol zur militärischen Gewalt bildet.
37
38
39

Ä82	zu Antrag: w1	Ä-AntragstellerIn: Ildikó Jahn (SV Leipzig)
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

40 Streiche Z. 27-30 („...wollen“)

41
42
43 Begründung:

44 Berufliche Weiterbildungen und Qualifikationen sind durch die Arbeitgeber zu organisieren und bereitzustellen.
45 Bei der Umsetzung können Unternehmen durch Weiterbildungsfirmen unterstützt werden.

46 Schulische und damit staatliche Einrichtungen sollten nicht zu reinen Dienstleistungserbringern für die
47 Wirtschaft verkommen.
48

zu Antrag:

W1

Ä-AntragstellerIn:

Jusos Mittelsachsen

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

- 1
2 Streiche S. 70, Z. 7-9:
3
4 „Die Interessenvertretung... sicherzustellen.“
5
6
7 Füge ein auf S. 70, Z. 38:
8
9 „Die Interessenvertretung aller sächsischer ArbeitnehmerInnen einschließlich der Beschäftigten in der Pflege
10 wollen wir durch die Gründung einer Arbeitskammer unterstützen.“
11
12
13 Begründung:
14
15 Durch die Gründung einer Arbeitskammer, wie sie in Bremen und dem Saarland bereits besteht, können die
16 Rechte und Interessen sächsischer ArbeitnehmerInnen besser als bisher vertreten werden. Gerade in
17 Sachsen, wo prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne immer noch weit über dem Bundesschnitt liegen
18 brauchen wir eine Arbeitskammer als Vertretung aller Beschäftigten in Sachsen. Die Interessen der
19 Pflegeberufe können auch innerhalb einer solchen neu zu gründenden Arbeitskammer vertreten werden.
20 Mittelfristig ist eine allgemeine Vertretung aller Arbeitnehmerinnen für die Beschäftigten günstiger als einzelne
21 berufsständige Vertretungen.
22

zu Antrag:

W1

Ä-AntragstellerIn:

UB Dresden

angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

- 23
24 Ergänze auf Seite 70 in Zeile 50:
25
26 „Wir fordern ein **Genossenschaftsprogramm** für Sachsen. Die eG als Form des gemeinschaftlich
27 finanzierten und/oder betriebenen Gewerbes ist bisher vor allem aus dem Banksektor bekannt, Aber auch in
28 anderen Geschäftsbereichen kann diese Gesellschaftsform auf Grund der auf viele Schultern verteilten
29 Finanzierungslast erfolgreiche Firmengründungen erleichtern (da man unter anderem weniger oder garnicht
30 auf Kreditfinanzierung angewiesen ist) und unter anderem den Mittelstand in Sachsen stärken.
31
32 Außerdem kann die Genossenschaftsform die Demokratie im Unternehmen stärken: Jede_r Angestellte kann
33 Anteile an seinem Unternehmen erwerben, auch bei solchen, deren Anteile nicht frei am Aktienmarkt
34 gehandelt werden. So kann er oder sie die Geschicke seiner Firma direkt mitgestalten.
35
36 Das Genossenschaftsprogramm soll neben einer staatlichen Förderung für Gründungen vor allem eine
37 umfangreiche Informations- und Werbekampagne enthalten, um die Genossenschaft als Unternehmensform
38 bekannt zu machen und über die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen aufzuklären.“
39

Ä64	zu Antrag: I4	Ä-AntragstellerIn: Stefan Engel
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

1 Ändere den Titel in „Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen regulieren“

2
3
4
5
6
7

Begründung:

Erfolgt mündlich

Ä10	zu Antrag: I4	Ä-AntragstellerIn: UB Chemnitz
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

8 Ersetze: Zeile 15/16 "es als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt gegen Menschen einzusetzen." durch "es als
9 Verteidigungsmittel gegen Menschen einzusetzen."

10
11 Streiche: 19/20 "im Rahmen von Polizeieinsätzen auf Bund- wie Länderebene."
12

Ä63	zu Antrag: I4	Ä-AntragstellerIn: Stefan Engel
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

13 Ersetze die Zeilen 18 bis 20 auf Seite 42 durch folgende Formulierung:

14
15 Wir sprechen uns dafür aus, den Einsatz von Pfefferspray durch Polizeikräfte in Zukunft grundsätzlich zu
16 verbieten. Der Einsatz von Pfefferspray darf nur in Ausnahmefällen erfolgen und ist nur zulässig, wenn kein
17 milderes Vorgehen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben ist anwendbar ist. Jeder
18 einzelne Einsatz ist zu protokollieren und bedarf einer nachträglichen Prüfung. In diesem Sinne setzen wir uns
19 für eine länderübergreifende Regelung ein.

20
21 Insbesondere bei Demonstrationen, ist zu beachten, dass der Einsatz von Pfefferspray neben dem Recht auf
22 körperliche Unversehrtheit auch das Recht auf Versammlungsfreiheit berührt. Zur Abwehr einer willkürlichen
23 Anwendung von Pfefferspray, muss die/der jeweilige Gruppen- und/oder ZugführerIn den Einsatz explizit, mit
24 Angabe von Zeit, Ort und Begründung, freigeben. Dies muss sie/er anschließend unverzüglich der
25 Einsatzleitung mitteilen. Durch vorher bekanntzugebende Anlaufpunkte muss eine ärztliche Versorgung
26 gewährleistet sein.

27
28 Begründung:
29

1 Erfolgt mündlich

2

Ä 28	zu Antrag: I 4	Ä-AntragstellerIn: SV Leipzig (Jan Freundorfer)
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

3 **Ersetze**

4 Z. 18-20

5

6 **durch**

7 Der Einsatz von Pfefferspray darf nur in Ausnahmefällen erfolgen und ist nur zulässig, wenn kein milderes
8 Vorgehen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für

9

10 Leib und Leben ist anwendbar ist. Jeder einzelne Einsatz ist zu protokollieren und bedarf einer nachträglichen
11 Prüfung.

12

13

14

15 Insbesondere bei Demonstrationen, ist zu beachten, dass der Einsatz von Pfefferspray neben dem Recht auf
16 körperliche Unversehrtheit auch das Recht auf Versammlungsfreiheit berührt. Zur Abwehr einer willkürlichen
17 Anwendung von Pfefferspray, muss der/die jeweilige Gruppen- und/oder Zugführer/-in den Einsatz explizit, mit
18 Angabe von Zeit, Ort und Begründung, freigeben. Dies muss er
19 anschließend unverzüglich der Einsatzleitung mitteilen.

20

21

22

23 Anlaufpunkte zur notärztlichen Versorgung sind vorher bekannt zu geben und der erforderliche ärztliche
24 Beistand muss gewährleistet sein.

25

26 **Begründung:**

27

28 erfolgt mündlich

29

30

Ä 11	zu Antrag: I 5	Ä-AntragstellerIn: UB Chemnitz
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

31 Ergänze: Weiterleitung an Landesparteitag der SPD Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an den

32 Bundesparteitag der SPD

33

Ä 65zu Antrag:
I 5Ä-AntragstellerIn:
UB Dresden
 angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

1 Ergänze:

2

3 Zeile 1:

4 „... und an den SPD-Landesparteitag und SPD-Bundesparteitag weiterleiten.“

5

6 Begründung:

7 Erfolgt mündlich.

8

Ä 66zu Antrag:
I 5Ä-AntragstellerIn:
UB Dresden
 angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

9 Streiche in Zeile 5:

10 „ein Visum oder“

11

12 und

13

14 Ersetze im Titel:

15 „Visumgarantie“ durch „unbefristeter Aufenthaltstitel“

16

17

18 Begründung:

19

20 Nur ein unbefristeter Aufenthaltstitel sichert den Locals einen sicheren Verbleib in Deutschland, da Visen für
21 Arbeits- und Urlaubsaufenthalte verwendet werden und zeitlich begrenzt sind.

22

Ä 62

zu Antrag:

I 1Ä-AntragstellerIn:
UB Dresden
 angenommen abgelehnt überwiesen an:
 zurückgezogen

23 Ersetze: Titel „Senkung des aktiven Wahlrechts“

24

25 durch den Titel „Für eine Senkung des (aktiven) Wahlalters“

26

27

28

29 Begründung:

- 1
2 Beim bisherigen Titel ist nicht erkennbar, dass der Antrag die Senkung des Wahlalters zum Thema hat und
3 nicht die Senkung der Wahlrechte.
4

Ä 14	zu Antrag: I 2	Ä-AntragstellerIn: LAK SReNe
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

- 5
6 Ergänze Seite 38, Zeile 8 nach „Drogen“:
7
8 (Im Sinne des Betäubungsmittelgesetz Anlage I)
9
10

Ä 12	zu Antrag: I 3	Ä-AntragstellerIn: UB Chemnitz
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

- 11 **Streiche:** Zeilen 24 - 25
12
13

Ä 27	zu Antrag: I 6	Ä-AntragstellerIn: SV Leipzig (Jan Freundorfer)
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an: <input type="checkbox"/> zurückgezogen	

- 14 **Ersetze**
15 Z. 2
16
17 **durch**
18 die SPD-Landtagsfraktion weiterzuleiten:
19
20 **Begründung:**
21

- 1 Die Fahrzeugzulassungsverordnung ist eine Verordnung, die von den zuständigen Bundesministerien mit
- 2 Zustimmung des Bundesrates erlassen wird. Infolgedessen kann Einfluss auf den Inhalt der Verordnung wohl
- 3 eher über die Länder, die im Bundesrat vertreten sind, genommen werden. Adressat sollte daher die
- 4 Landtagsfraktion sein, die wiederum Einfluss auf die Landesregierung vornehmen könnte.
- 5